

Gesetzlicher Kündigungsschutz in Transformations- und Schwellenländern

Marktversagen macht Kündigungsschutz notwendig, doch übermäßiger Schutz kann kontraproduktiv wirken

Schlagworte: Kündigungsschutz, Arbeitslosigkeit, Informalität, Transformations- und Schwellenländer

RELEVANZ DES THEMAS

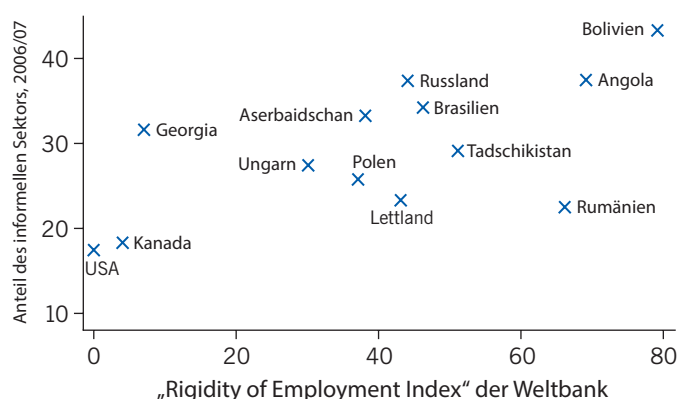
Gesetzlicher Kündigungsschutz soll Arbeitnehmer vor unfairen Entlassungen schützen und Einkommenseinbußen bei Jobverlust abfedern. Aus theoretischer Sicht stabilisiert Kündigungsschutz die Beschäftigung im Konjunkturverlauf, ohne dass die Gesamtarbeitslosigkeit zwangsläufig steigt. Jüngste Erkenntnisse aus Transformations- und Schwellenländern zeigen jedoch, dass Kündigungsschutz bei benachteiligten Arbeitsmarktgruppen, vor allem Jugendlichen, tendenziell zu einem Anstieg von Arbeitslosigkeit und Informalität führt. Solche unbeabsichtigten Nebenwirkungen gilt es bei der Ausgestaltung von Kündigungsschutzregelungen zu berücksichtigen.

WICHTIGE RESULTATE

Pro

- ⊕ Kündigungsschutz kann bestimmte Formen von (Arbeits-)Marktversagen beheben.
- ⊕ Ein ausgeprägter gesetzlicher Kündigungsschutz kann Beschäftigung und Arbeitslosigkeit über den Konjunkturzyklus hinweg stabilisieren.
- ⊕ Kündigungsschutz verlängert die durchschnittlichen Phasen der Beschäftigung und sichert die Lohneinkommen der Arbeitnehmer.

Wachstum des informellen Sektors und Arbeitsmarkt rigidität



Quelle: Basiert auf Abbildung 1.

IZA
World of Labor

Contra

- ⊖ Greift der Kündigungsschutz zu stark in der Vertragsfreiheit ein, kann es bei benachteiligten Gruppen, insbesondere Jugendlichen, zu höherer Arbeitslosigkeit kommen.
- ⊖ Übermäßiger Kündigungsschutz kann die Dauer der Arbeitslosigkeit verlängern.
- ⊖ Stark regulierte Arbeitsmarktinstitutionen begünstigen informelle Beschäftigung.

KERNBOTSCHAFT DES AUTORS

Kündigungsschutz kann zu Arbeitsplatz- und Einkommensstabilität beitragen und Beschäftigung auch in konjunkturellen Abschwüngen sichern helfen. Erfahrungen aus Transformations- und Schwellenländern zeigen jedoch, dass übermäßiger Schutz kontraproduktiv wirkt und die Mittel den Zweck durchaus konterkarieren können. Die Politik muss daher die unerwünschten Nebenwirkungen gegen die beabsichtigten Ziele abwägen.